

Freitag der 25.

März Guten Morgen im Studio Taberkmann mit diesen Themen.

Immer mehr Bewerber um den Parteivorsitz der SBE, jetzt wirft auch der Dreiskirchner Bürgermeister

Andreas Babler den Ring in den Hut.

Die Umstellung auf die neue ORF-Haushaltsabgabe soll unbürokratisch ablaufen, das sagt die Regierung.

Die EZB erhöht den Druck auf die Reichweissenbank international aus dem Russland-Geschäft auszusteigen und immer radikaler werden die Porteste in Frankreich gegen die Pensionsreform der Regierung.

Zuerst jedoch zum Wetter.

Michael Martin

Nach dem bisslern wärmsten Tag des Jahres knapp 24 Grad gestern in Krems und Langenläus stellt sich das Wetter jetzt langsam um, es wird feuchter und am Wochenende schon etwas kühler, Anfang nächster Woche dann sogar noch einmal winterlich.

Die Aktuellmeldungen Winsank-Polten und Salzburg stark bewölkt 12 Grad Eisenstadt-Wolkig-10, Linz stark bewölkt 11 Grad, Innsbruck-Heiter-10, Brigens stark bewölkt 13 Grad-Wolkig-9 sowie Klagenfurt-Wolkig-7 Grad.

Im Osten und Süden wechseln heute Sonnenschein und ausglittente Wolkenfelder, die meisten Sonnenstunden gibt es dabei von Kärnten bis ins Burgenland.

Auch sonst ist es vorerst noch leicht vönig mit Sonnenfenstern, von Vorarlberg bis Oberösterreich sind aber allmählich Dichte Wolken und am Nachmittag immer mehr Regenschauer sowie einzelne Gewitter auf.

Es wird noch einmal sehr mild, Höchstwerte 15 bis 23 in 2000 Meter um 5 Grad.

In der kommenden Nacht regnet es verbreitet.

Am Wochenende dann wechselhaft sehr windig und um 5 bis 10 Grad kühler mit einigen Schauern, aber auch ein paar Sonnenstunden.

Das Kandidatenfeld um die Führung der Sozialdemokratischen Partei wird immer breiter, was ursprünglich

als Zweikampf zwischen Parteichefin Pamela Rendi-Wagner und dem burgenländischen Landeshauptmann

Hans-Peter Dorsko-ziel erwartet worden war, weitet sich immer mehr aus.

Sieben Bewerber sind mittlerweile namentlich bekannt.

Am Abend hat nun auch der Bürgermeister von Treskirchen Andreas Babler seine Kandidatur bekannt gegeben.

Es ist ja ganz eine wichtige und dringende Entscheidung, jetzt einmal die Stopp-Taste zu drücken, indem man es schlecht läuft, genau so wie viele unserer Mitglieder vor der Verantwortungsgefüge gegenüber der Partei und es ist schon sehr viel an Stimmen von Mitgliedern aus allen Ländern und aus allen Bereichen, sozusagen auf mehr eingetrunknen, die jetzt eine Alternative haben wollten.

Sie werden dem linken Parteiflügel der SBO zugerechnet, so wie Rendi Wagner, fischen Sie da im selben Teich?

Nein, ich fische überhaupt in keine Teiche, sondern ich schau das mal und da bin überzeugt davon, dass sehr starke Bewegungen werden, wenn interessieren diese taktischen Spielchen

nicht.

Jetzt hat Andreas Babler im Gespräch mit Peter Dase und das ausführliche Interview hören Sie im Morgenchanal um 7.

Die Finanzierung des ORF wird völlig neu aufgestellt.

Die Regierung hat gestern das neue Modell präsentiert, die dies gebürfeld mit Jenner 2024 weg.

Es kommt ein, um ein Drittel günstigerer ORF-Beitrag, der für jeden Hauptwohnsitz zu bezahlen ist. 400.000 Haushalte kommen neu dazu, die sozialen Befreiungen bleiben.

Der Umstieg soll unbürokratisch ablaufen und die Regierung hofft, dass auch die Bundesländer auf ihren bisherigen Gissanteil verzichten.

Stefan Kappacher.

Rund 15 Euro pro Monat und Hauptwohnsitz soll der neue ORF-Beitrag ausmachen.

Eingehoben wird er wie bisher die Gissgebühr der Bank-Einzug fällt entsprechend geringer aus.

Medienministerin Susanne Raab.

Es braucht hier keine Neuansmeldung oder ähnliches.

Es entsteht kein bürokratischer Aufwand für die Menschen.

Man wird einfach ins neue System übergeführt.

3,2 Millionen Gisszahler betrifft das, aber es werden deutlich mehr Beitragszahler.

Ja, 400.000 neue Haushalte kommen hinzu.

Weil die Höchstrichter gesagt haben, alle müssen solidarisch zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk beitragen.

FPÖ und Zeitungspulver sprechen deshalb von einer ORF-Zwangssteuer.

Sie brangen Privilegien an.

Ein überzeichnetes Bild aber.

Die Ministerin hat den Ball aufgenommen.

Sie will Sonderpensionen und hohe Abfertigungen aus ORF-Altverträgen streichen.

Und im 8 Uhr Journal hören sie dazu die Klubschiffin der Grünen im Parlament, Sigrid Maurer.

Und damit nach Brüssel.

Zum Gipfel der Staats- und Regierungschefs, der gestern begonnen hat.

Zentrales Thema in den ersten Stunden war die Unterstützung der EU für die Ukraine.

Beschlossen wurde die gemeinsame Beschaffung von Munition für das ukrainische Militär.

Ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland soll es vorerst nicht geben.

Aus Brüssel an Skarnmeier.

Der ukrainische Präsident Volodymyr Zelensky war im Februar noch persönlich zu Gast beim EU-Gipfel in Brüssel.

Gestern drängte er per Videolink auf schnellere Unterstützung im Krieg gegen Russland.

Es dürfe keine Verzögerung geben, sagt Zelensky.

Jeder Tag könne über Menschenleben entscheiden.

Die EU-Staats- und Regierungschefinnen und Chefs werden gemeinsam eine Million Artillerie-Geschosse

innerhalb von 12 Monaten beschaffen.

Österreich hat sich als Neutraler dabei enthalten.

Österreichisches Beitragsgeld soll auch nicht in den Munitionskauf, sondern nur in nicht-tödliche

Ausrüstung fließen.

Schwere Waffen will die EU als Gemeinschaft weiterhin nicht liefern.

Das sei Sache der Mitgliedsländer, sagt EU-Ratsvorsitzender Charles Michel.

Polen und die Slowakei haben der Ukraine zuletzt erstmals Kampfflugzeuge übergeben.

Heute dürfte es beim Gipfel um das eigentlich bereits akkordierte Aus für Verbrennermotoren ab dem Jahr 2035 gehen.

Deutschland legt sich in letzter Minute quer und fordert eine Ausnahme für mit EU-Betriebene Kraftfahrzeuge.

Aus Österreich kommt Unterstützung und Österreichs Bundeskanzler Nehammer, ordnet auch viel Zustimmung

bei anderen Mitgliedstaaten ein Interview mit Nehammer dazu.

Hören Sie im Morgenkanal um 7.

Die Reifeisenbank international steht offenbar immer mehr unter Druck der Europäischen Zentralbank

wegen ihres Russlands Geschäftes.

Die EZB fordert die Bank, insofern zufolge zu einem Ausstieg aus dem Ausrussland auf.

Das berichtet die Nachrichtenagentur Reuters.

Laut EZB seien alle Banken aufgefordert worden, ihre Geschäfte zu beobachten und im Idealfall abzubauen.

Maria Kern mit den Details.

Die Europäische Zentralbank verlange von der Reifeisenbank international zwar keinen sofortigen Rückzug aus Russland, sie poche aber auf einen Plan, wie das Geschäft aufgegeben werden könne und die Risiken reduziert werden könnten.

Das teilten fünf Insider der Agentur Reuters mit.

Die EZB sagt dazu, dass alle betroffenen Banken aufgefordert worden seien, das Geschäft in Russland genau zu beobachten, soweit wir möglich zu reduzieren und abzubauen.

Die RBI erklärt seit Monaten dazu, dass sie alle Optionenprüfe auch einen Ausstieg.

Reifeisenmarkt in Russland hochprofitable Geschäfte.

Im Vorjahr wurde konzernweit ein Gewinn von 3,8 Milliarden Euro erwirtschaftet.

Mehr als die Hälfte davon stammt aus Russland.

Sanktionsbedingt hat die RBI darauf aber keinen Zugriff.

In Frankreich werden die Proteste gegen die umstrittene Pensionsreform der Regierung immer radikaler und gewalttätiger.

Gebäude werden im Brandgesetz Straßen und Flughäfen blockiert, die Polizei setzt, Tränengas ein.

Allein in der vergangenen Nacht gab es im ganzen Land wieder mehr als 170 Festnahmen.

Die Stimmung ist aufgeheizt, David Kriegleder berichtet.

Über eine Million Menschen haben sich gestern an den Protesten beteiligt.

In Paris und Lille ging die Polizei mit Tränengas gegen gewaltbereite Demonstranten vor.

Im Bordeaux wurde der Eingangsbereich des Rathauses im Brand gesetzt.

Der französische Innenminister berichtet von über 150 verletzten Einsatzkräften und mehr als 170 Festnahmen in ganz Frankreich.

Die seit Wochen andauenden Proteste richten sich gegen die schrittweise Anhebung des Pensionseintrittsalters von 62er-64 Jahre, eine Reform, die Präsident Macron gegen heftigen

Widerstand und ohne Abstimmung im Parlament verabschiedet hat.

Die französischen Gewerkschaften haben zu weiteren Streiks und Aufmärschen am kommenden Dienstag aufgerufen.

Da wird auch der britische König zu Besuch im Land sein.

Und damit noch einmal zurück nach Österreich und zum Start der neuen Photovoltaik-Förderaktion des Bundes.

Um 17 Uhr hat gestern der erste Förderkahl begonnen und tausende Bewerber wollten innerhalb der ersten Minuten gleich ihr Geld abholen.

Paul Sieharsch war bei einem Unternehmen mit dabei.

Rene Eigner und 10 Kollegen sitzen in ihrer Elektrofirma in Oberösterreich vor den PCs und geben Photovoltaikandrige ein.

Es geht auf Zeit.

Und dann...

Tue viele Aufrufe.

Da hast du das schon beieinander.

Manche im Team haben offenbar zu oft geklickt auf der Webseite des Entwicklers Ömak, 3-Minuten-Time-Out-Zeit.

Laut Ömak ein Sicherheitsmechanismus.

Rene Eigner und sein Team wirft das zurück, die Bilanz nach 15 Minuten Antragstress.

Ich glaube, sie ist da anhand die Zonen, dass wieder sehr schlecht das schon wird ähnlich wie beim letzten Kohl, wo wir ungefähr 90 Prozent Absagen gehabt haben.

Diesmal ist allerdings mehr Geld im Topf, 110 Millionen Euro in den Kategorien für kleine Anlagen, plus bis zu 268 Millionen Euro extra.

Laut Ömak sind allerdings innerhalb von fünf Minuten auch 60.000 Anträge eingelangt gestern.

Bis Anfang April ist der Förderkohl noch offen.

Wie viele den Zuschlag bekommen, entscheidet sich erst in einigen Wochen.

Rene Eigner, warum 18, wird dann erst mal Feierabend.

Zuerst haben wir uns ja ausgewertet.

Mal Zeit.

Und zu viel vorerst, dass der Journal-Redaktion ausführliche Informationen gibt es weder im Morgenjournal um sieben mit Paul Schiefer.

Es ist jetzt in wenigen Sekunden sechs Uhr und zehn Minuten.

Guten Morgen mit Ö1.

Und wir machen jetzt einen kleinen Ausflug in das Rathaus von Budapest.

Dort haben die Budapest Strings vor genau 20 Jahren 1993 die deutschen Tänze von Franz Schubert gespielt und auch aufgezeichnet.

Wir starten mit Tanz Nummer drei.